

Haushaltsrede

(im Rahmen der Sitzung des Titzer Gemeinderats am 4. Februar 2010;
es gilt das gesprochene Wort)

Meine sehr geehrten Damen,
meine Herren,

„Die Lage war noch nie so ernst wie heute!“, dies sagte Dr. Bernd Jürgen Schneider, Hauptgeschäftsführer des nordrhein-westfälischen Städte- und Gemeindebundes anlässlich einer Tagung der Kommunen im Regierungsbezirk Köln: „Die Lage war noch nie so ernst wie heute!“.

Ich lege Ihnen heute den Verwaltungsentwurf für den Haushalt 2010 der Gemeinde Titz vor, einen Entwurf, der wie kein anderer zuvor im Zeichen konjunktureller Einflüsse steht. Wegbrechende Steuereinnahmen kennzeichnen ihn auf der Ertragsseite, gleichzeitig dramatisch steigende Soziallasten, in der Hauptsache finanziert über die Kreis- und die differenzierte Jugendamtsumlage, prägen die Aufwandsseite. Dass dies nicht ohne Folgen für den kommunalen Haushalt bleiben kann, dürfte jedem klar sein. Insofern kann ich Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren, heute keinen strukturell ausgeglichenen Etat vorlegen. „Die Lage war noch nie so ernst wie heute!“

Das Ergebnis vorweg:

Erträgen in einem Volumen von rund 13,30 Mio. Euro stehen Aufwendungen in einer Größenordnung von 14,72 Mio. Euro gegenüber. Der zu erwartende Fehlbetrag beläuft sich somit auf rund 1,42 Mio. Euro. Die Ursachen hierfür sind schnell genannt:

- Die Einnahmen aus dem kommunalen Finanzausgleich des Landes Nordrhein-Westfalen, die so genannten Schlüsselzuweisungen, sinken – ein Ergebnis der insgesamt sinkenden Steuereinnahmen der öffentlichen Hand aufgrund der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise. Für die Gemeinde Titz beträgt der Rückgang von 2009 nach 2010 gut 300.000 Euro.
- Aus dem gleichen Grund, nämlich der Finanz- und Wirtschaftskrise, sinkt das Gewerbesteueraufkommen der Kommunen. Es lag 2009 in Titz bereits rund 185.000 Euro unter dem Ergebnis 2008 und sinkt in 2010 weiter.

- Gleichzeitig steigt die Kreisumlage, die u.a. auch zunehmende Sozialhilfebelastrungen auf Kreisebene und auf der Ebene der Landschaftsverbände aufzufangen hat. Die Steigerung beträgt fast 190.000 Euro. 2011 wird die Umlage weiter erhöhet – auch wegen der Rücknahme der Delegationssatzung im SGB II-Bereich; um dann zusätzliche 450.000 Euro.
- Und die differenzierte Jugendamtsumlage explodiert nahezu; Steigerung: 47 Prozent = Mehrausgaben: gut 530.000 Euro.

Ich will es auch grafisch verdeutlichen: Auf dieser Folie habe ich die Entwicklung einiger weniger, aber sehr wesentlicher Ertragspositionen der Gemeinde Titz summarisch dargestellt: Seit dem ertragreichsten Jahr, 2007, hat sich das Aufkommen aus den Schlüsselzuweisungen des Landes, aus Gemeindeanteilen an der Einkommensteuer und aus den beiden wichtigsten Realsteuern ständig verringert. Die Ertragsreduzierung des Jahres 2010 gegenüber dem Jahr 2007 beläuft sich auf weit über 1,2 Mio. Euro Euro.

Nahezu umgekehrt läuft der Trend bei einigen wesentlichen Aufwandsarten, insbesondere der Kreisumlagen: Diese steigen, insbesondere im Jahr 2010, rapide an. Und der Anstieg geht 2011 weiter, da ab dem kommenden Jahr die Rücknahme der Delegationssatzung im SGB II-Bereich greift, die zu einer weiteren Erhöhung führen wird.

Legen wir beide Kurven nebeneinander, so erkennen Sie, dass sich die Kurven zwischen diesen Ertrags- und Aufwandpositionen immer weiter annähern; die Lücke, damit der Spielraum für echte kommunale Selbstverwaltung, wird permanent enger. Aus diesem immer kleiner werdenden Differenzbetrag haben wir den Kernbestand kommunaler Aufgaben, im Bereich der Daseinsvorsorge, für Schulen und Bildung, zur Instanderhaltung unserer Infrastruktur und, wenn denn noch etwas übrig bleibt, gelegentlich auch für freiwillige Leistungen, zu finanzieren; daraus sind alle Aufwendungen, z.B. für Personal, für Sach- und Dienstleistungen, für Abschreibungen, zu stemmen. Dieser Differenzbetrag, das zeigt die nächste Folie, wird kontinuierlich geringer; er hat sich mehr als halbiert. In absoluten Zahlen: Der Rückgang dieser Kurve liegt bei nahezu 1,71 Mio. Euro, unser geplantes Defizit, ich sagte es bereits, bei knapp 1,42 Mio. Euro. Daran erkennen Sie: Unser Problem ist nicht etwa hausgemacht. Nein: Wir haben konsolidiert, werden weiter konsolidieren und bewegen uns dennoch an der Grenze zur Haushaltssicherung!

Meine sehr geehrten Damen,
meine Herren,

insbesondere die Aufwendungen im Sozialbereich tragen zur Finanzmisere bei. Gleich vier Sozialhilfearten, die besonders konjunkturanfallig sind und/oder durch den demografischen Wandel beeinflusst werden, muss die kommunale Landschaft finanzieren. Im einzelnen:

- Mit dem SGB II, umgangssprachlich Hartz IV genannt, wurden Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammengelegt. Während die so genannten aktivierenden Hilfen aus dem Bundesetat finanziert werden, tragen die Kommunen die Kosten der Unterkunft. Tendenz angesichts der steigenden Arbeitslosenzahlen: Deutlich steigend!
- Zur Vermeidung von Altersarmut wurde 2003 die Grundsicherung im Alter eingeführt. Grundlage hierfür ist das SGB XII. Kostenträger hierfür sind die Kommunen. Tendenz angesichts der demografischen Entwicklung: Deutlich steigend!
- Pflegebedürftige Menschen haben Ansprüche aus der Pflegeversicherung. Sofern diese nicht reichen, greift die Hilfe zur Pflege. Diese Leistungen sind ebenfalls über die kommunale Familie zu erbringen, nämlich durch den überörtlichen Träger der Sozialhilfe, in Nordrhein-Westfalen sind dies die Landschaftsverbände, die wir über den Umweg der Kreisumlage finanzieren. Tendenz angesichts der demografischen Entwicklung: Deutlich steigend!
- Behinderte Menschen haben Anspruch auf Eingliederungshilfe. Über diese Leistungen ist ihnen eine angemessene Teilhabe am gesellschaftlichen und Berufsleben zu ermöglichen. Finanziert wird die Eingliederungshilfe ebenfalls durch uns, über die Kreisumlage. Entwicklung der vergangenen Jahre: Deutlich steigend!

Diese Leistungsgesetze haben alle ihren Sinn, keine Frage. Nur: Die dramatischen Steigerungsraten der vergangenen Jahre im Sozialbereich waren für viele Städte und Gemeinden selbst in den Jahren 2006, 2007 und 2008, als die Steuereinnahmen reichlich flossen, kaum zu finanzieren. Nun aber, wo parallel zu den Steigerungsraten für soziale Leistungen die Einnahmen wegbrechen, kollabieren die kommunalen Haushalte.

Die Folge: Nach Aussage des Kölner Regierungspräsidenten Hans Peter Lindlar müssen in diesem Jahr 70 der rund 100 Kommunen im Regierungsbezirk den bitteren Gang in die Haushaltssicherung antreten, 28 Städten und Gemeinden gelingt der Haushaltsausgleich immerhin fiktiv, also durch moderate und damit zulässige Inanspruchnahmen der Ausgleichsrücklage oder anderer Eigenkapitalpositionen. Zu diesen 28 Kommunen zählt auch die Gemeinde Titz. In nur zwei Gemeinden wird ein echter Ausgleich geschafft, also ohne Griff in die Ausgleichsrücklage. Einer Reihe von Kommunen droht bereits in diesem Jahr die bilanzielle Überschuldung. Ich darf deshalb noch einmal sagen: „Die Lage war noch nie so ernst wie heute!“

In diesen Zahlen, so dramatisch sie bereits sind, bleiben die Auswirkungen des so genannten Wachstumsbeschleunigungsgesetzes der neuen Bundesregierung noch unberücksichtigt. Weitere Verschlechterungen der Finanzsituation sind also zu erwarten. Angesichts der ohnehin bereits dramatischen Zahlen wird das Wachstumsbeschleunigungsgesetz der schwarz-gelben Bundesregierung für die meisten Kommunen, nicht nur in unserer Region, zum Schuldenbeschleunigungsgesetz.

Auch wenn wir hier in Titz nur einen geringen Einfluss auf die Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene haben (wir können schon froh sein, wenn uns gelegentliche Korrekturen der Politik auf Kreisebene gelingen), so möchte ich doch sagen: Immer neue Leistungsversprechen der Politik sind nicht mehr vertretbar, nicht mehr finanzierbar. „Wahlversprechen von heute sind die Steuern von morgen“, dies wusste bereits Abraham Lincoln. Diese Weisheit, alt und richtig, wird völlig ignoriert: Steuersenkungen werden versprochen, höhere Freibeträge garantiert, das Schonvermögen für Hartz IV-Empfänger erhöht, die U 3-Betreuung zugesagt, der Mehrwertsteuersatz für Hotels reduziert. Im Ergebnis legt der Bundesfinanzminister einen Haushalt mit einer Nettoneuverschuldung auf Rekordniveau vor. Auf Landesebene ist es genauso: Im Vorfeld der Landtagswahl findet derzeit ein Überbietungswettbewerb zwischen den Parteien statt, ganz gleich, um welche Politikfelder es geht. „Jedem Kind sein Instrument“, ist auch ein solches Programm. Und im Kreis wird das zweite beitragsfreie Kindergartenjahr diskutiert. Das sind alles wunderbare Ziele. Nur: Sie müssen auch finanzierbar sein! Schon jetzt ist es so, dass von jedem Euro, den die Bürgerinnen und Bürger an Steuern und Abgaben an den Bund zahlen, 14 Cent vom Finanzminister als Zinsen direkt wieder ausgegeben werden. An Zinsen! Die Tilgung ist da noch gar nicht mit eingerechnet. Ergebnis: Wir leben über unsere Verhältnisse. Jahrzehntelang gab es nur eine Richtung in der Politik: Mehr, mehr, mehr! So geht es nicht weiter. Langsam muss ein Umdenken stattfinden.

Lassen Sie mich den Begriff der Generationengerechtigkeit aufgreifen: Jeder, der hier sitzt und Entscheidungen zu verantworten hat, durfte darauf vertrauen, dass ihm ein weitestgehend intaktes Gemeinwesen – und dazu zählen auch geordnete Staatsfinanzen – mit in die Wiege gelegt wurde. Wir haben erfahren dürfen, dass unsere Eltern den durch Krieg zerstörten Staat wieder aufbauten, ihn leistungsfähig machten. Aber die Politik unserer Zeit, permanent Einzelfallinteressen bedienend, nicht mehr Zukunft über Bildung, Schulen und Infrastruktur fördernd, hinterlässt nachfolgenden Generationen einen Scherbenhaufen. Nachhaltig ist das alles nicht.

Meine Damen und Herren,

meine Aussagen über das Handeln in Berlin, Düsseldorf und Düren stehen in klarer Beziehung zum Titzer Haushalt, den ich heute einbringe. Denn die Entscheidungen dort wirken sich oft mehr auf unsere Zahlen aus als eigenes Handeln. Also könnten wir Fatalismus in unser Rathaus einziehen lassen, die Schultern zucken, es machen wie andere, unsere eigenen Einnahmen womöglich senken, unsere eigenen Standards erhöhen, da wir den Hochgeschwindigkeitszug in die Staatsverschuldung in Titz ohnehin nicht aufhalten können. Dies allerdings wäre verantwortungslos und würde auch nicht dem Handeln entsprechen, das unsere Gemeinde – trotz des heute defizitär vorgelegten Haushalts – zu einer vergleichsweise gut aufgestellten Kommune gemacht hat.

Ich darf daran erinnern:

- Die Pro-Kopf-Verschuldung in Titz ist geringer als im Durchschnitt der Kommunen des Landes Nordrhein-Westfalen, des Regierungsbezirks Köln und des Kreises Düren. Wir belasten nachfolgende Generationen also weniger stark durch heutige Schulden.
- Die Personalausstattung unserer Gemeindeverwaltung ist geringer als die zahlreicher anderer Städte und Gemeinden im Land Nordrhein-Westfalen; dies entlastet unseren Haushalt und damit unsere Bürgerinnen und Bürger.
- Die wesentlichen Hebesätze, nämlich die der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer, sind niedriger als anderswo. Auch das ist Folge des – gelegentlich auch unpopulären – Titzer Wegs, sich nur Standards zu leisten, die bezahlbar sind.
- Und wir haben – ganz anders als der gesamte Kreis Düren und das Land Nordrhein-Westfalen – bis 2025 eine nach wie vor leicht zunehmende Bevölkerungszahl zu erwarten, was natürlich nicht bedeutet, dass es in unserer Gemeinde keinen demografischen Wandel gäbe.

Dies alles führte mich in meiner Antrittsrede, vor rund 100 Tagen zu der Aussage, dass es uns als Gemeinde Titz zwar nicht gut geht, aber besser als vielen anderen Kommunen der Region. Das bestätigt sich, wenn man unsere Planzahlen neben die anderer Städte und Gemeinden legt, die erst gestern im Kreis der Bürgermeister verglichen und diskutiert wurden. Die Prognosen sehen anderswo nämlich teilweise erschreckend aus.

Zu unseren Planzahlen:

Ich habe zunächst einmal die Entwicklung der Haushaltsergebnisse der Gemeinde Titz im mehrjährigen Verlauf – seit 2006, dem Zeitpunkt der NKF-Einführung, und bis 2013, dem Jahr, in dem unsere mittelfristige Ergebnisplanung endet – gegenübergestellt:

Sie erkennen, dass es uns in den Jahren 2006 und 2007 gelang, die Jahresrechnungen ausgeglichen zu gestalten. Für 2008, dem Jahr, für das Ihnen im nächsten Tagesordnungspunkt die Jahresrechnung vorgelegt wird, gelang dies nicht mehr; das Defizit belief sich auf rund 670.000 Euro (hier sind jedoch einige periodenfremde Aufwendungen enthalten; der „echte“, sich also ausschließlich auf 2008 beziehende, Fehlbetrag ist deutlich geringer). In der Haushaltsplanung 2009 gingen wir von einem Defizit von rund 196.000 Euro aus; wie ich bereits in meiner Antrittsrede verdeutlicht habe, müssen wir jedoch aufgrund erster krisenbedingter Steuerausfälle mit einem höheren Defizit rechnen.

Das Defizit des Verwaltungsentwurfs 2010, ich nannte es bereits, beläuft sich auf rund 1,42 Mio. Euro. Bis zum Ende der mittelfristigen Ergebnisplanung wird sich die Entwicklung aus heutiger Sicht etwas, aber nicht entscheidend verbessern. Schon den Fehlbetrag 2010 werden wir nicht mehr komplett aus der Ausgleichsrücklage entnehmen können. Diese verbrauchen wir, fünf Jahre nach NKF-Einführung, irgendwann im Herbst dieses Jahres.

„Was dann?“, werden Sie nun fragen. Sobald die Ausgleichsrücklage verbraucht ist, geht es an das Eigenkapital. Deshalb stelle ich Ihnen die Eigenkapitalentwicklung der Gemeinde Titz für die kommenden Jahre vor: Da wir das Defizit 2010 noch weitestgehend aus der Ausgleichsrücklage decken können, ist die Eigenkapitalreduzierung in diesem Jahr noch relativ überschaubar. Dies wird sich aber in den kommenden Jahren ändern. Dann nämlich wirken sich Fehlbeträge unmittelbar auf die allgemeine Rücklage aus. Unsere Eigenkapitalausstattung wird also in den kommenden Jahren sinken.

Was nun kommt, ist im Hinblick auf ein notwendiges oder eben nicht notwendiges Haushaltssicherungskonzept entscheidend: Je nachdem, wie intensiv der Griff ins Eigenkapital erfolgt, droht der bittere Gang in die Haushaltssicherung. Dazu ein Blick in die Gemeindeordnung: Danach ist im NKF ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, wenn

1. die allgemeine Rücklage in einem Jahr entweder ein Viertel an Substanz verliert,
2. sie in zwei aufeinanderfolgenden Jahren mehr als fünf Prozent verliert oder
3. sie im Zeitraum der Ergebnisplanung komplett verbraucht wird.

Ich nehme es vorweg: Von der ersten und der dritten Voraussetzung sind wir weit entfernt. Problematisch aber könnte der zweite Punkt werden: Dann nämlich, wenn sich – auch in kommenden Jahren – unsere Eigenkapitalentnahme zweimal in Folge oberhalb der 5-Prozent-Marke bewegt, ist Haushaltssicherung die Folge.

In einem solchen Haushaltssicherungskonzept ist zwingend darzustellen, wie innerhalb des Zeitraums der Ergebnisplanung, also binnen vier Jahren, der strukturelle Ausgleich erreicht wird. Gelingt dies nicht, befindet sich eine Kommune im Nothaushalt. Reden wir Klartext: Angesichts der aktuellen Steuerschätzungen wäre kein Haushaltssicherungskonzept auch nur annäherungsweise genehmigungsfähig!

Ziel der Verwaltung war es also, einen Haushaltsentwurf vorzulegen, der diese 5-Prozent-Marke nicht zweimal in Folge überschreitet. Dies ist uns auch gelungen, wie die nächste Folie zeigt. Das heißt, dass wir Ihnen mit dem Verwaltungsentwurf den für alle Menschen in unserer Gemeinde bitteren Gang in die Haushaltssicherung ersparen können.

Das ist ein Erfolg, ich möchte es deutlich sagen. Denn: Wir werden in diesem Jahr im Kreis Düren zu den ganz wenigen Kommunen ohne Haushaltssicherungskonzept gehören. Derzeit sieht es so aus, als ob deutlich mehr als zehn Städte und Gemeinden den Gang in die Nothaushaltswirtschaft antreten müssen, möglicherweise alle anderen außer Titz. Selbst Kommunen, die in den vergangenen Jahren mit guten Ergebnissen glänzen konnten, gehören dazu. Allerdings: Für diesen Erfolg müssen wir auch die eine oder andere Kröte schlucken.

Zwar raten wir von einer Erhöhung der Hebesätze der Realsteuern, also der Grundsteuern A und B sowie der Gewerbesteuer, derzeit ab. Verwaltungsseitig haben wir jedoch die Erhöhung der Hundesteuer in diesem Jahr und eine flächendeckende Hundebestandaufnahme in den Haushalt 2010 eingestellt. Und für die Jahre der mittelfristigen Ergebnisplanung, also den Zeitraum ab 2011, gehen wir im Gebührenbereich von Kalkulationsgrundlagen aus, die den Wiederbeschaffungszeitwert als Abschreibungsbasis sowie einen Zinssatz von 6 Prozent zum Inhalt haben.

Hätten wir diese Maßnahmen nicht eingestellt, meine Damen und Herren, würden wir dazu im Rahmen von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen durch die Kommunalaufsicht ohnehin aufgefordert werden. Aber: Über die Vermeidung eines Haushaltssicherungskonzepts können wir zukünftige Konsolidierungsschwerpunkte selbst definieren und bekommen diese nicht „von oben“ diktiert. Dann nämlich müssten wir wahrscheinlich noch deutlich mehr Kröten schlucken, um einmal bei diesem Bild zu bleiben.

Maxime für den Verwaltungsentwurf war also:

- Regelmäßig unter der 5-Prozent-Marke bleiben,
- damit Haushaltssicherung vermeiden,
- damit Selbstverwaltungsmöglichkeiten für unsere Gemeinde erhalten,
- damit eine Schwerpunktsetzung für die zukünftige Entwicklung verbinden!

Diese Schwerpunktsetzung heißt:

- Bildung,
- Gemeindeentwicklung,
- Wirtschaftsförderung!

Bei dieser Schwerpunktsetzung blieben selbstverständlich einige Wünsche auf der Strecke. Aber: Es ist angesichts der schwierigen finanziellen Situation der Gemeinde und vor dem Hintergrund der dargestellten Strategie, unseren Bürgerinnen und Bürgern den bitteren Gang in die Haushaltssicherung zu ersparen, aus meiner Sicht auch gar nicht vertretbar, Ihnen einen Haushalt mit Maßnahmen aus der Rubrik „nice to have“ vorzulegen, wenn dieser nicht ansatzweise genehmigungsfähig wäre.

Wir müssen vielmehr unsere knappen Ressourcen dort platzieren, wo sie für die Zukunft unserer Gemeinde richtig und wichtig einzusetzen sind.

Ich nenne einige Schwerpunkte unseres Verwaltungsentwurfs:

- Im Bereich unserer Schulen, und zwar beider Grundschulen und der Hauptschule, haben wir die weitere Umsetzung von Brandschutzkonzepten mit einem Volumen von insgesamt 270.000 Euro veranschlagt. Um U 3-Betreuungsplätze zu schaffen (eine gesetzliche Verpflichtung, der wir uns nicht entziehen können), soll der Gemeindekindergarten umgebaut werden. Finanzieren können wir diese Maßnahmen, weil wir auf einen in den vergangenen Jahren aufgebauten Sonderposten zurückgreifen, der die Schulpauschale des Landes NRW aufgefangen hat. Insofern stellen sich diese umfassenden Maßnahmen im Schul- und Bildungsbereich haushaltsneutral dar.
- Aus der Sportpauschale des Landes, also ebenfalls haushaltsneutral, werden wir das Dach der Titzer Grundschulturnhalle sanieren. Ohne diese Sonderposten, die wir in den vergangenen Jahren aufgebaut haben, würden uns diese Maßnahmen finanziell überfordern.
- Die Bürgerhäuser und -hallen sind für das gesellschaftliche und Vereinsleben einer Gemeinde wie Titz ungeheuer wichtig; dem stellen wir uns und haben Maßnahmen an verschiedenen Objekten vorgesehen: Für die Dachsanierungen der Bürgerhalle Haselsweiler und des Bürgerhauses Opherten sowie für die Heizungserneuerung in der alten Schule in Ralshoven sind insgesamt 115.000 Euro eingeplant.
- Für die Erneuerung verschiedener Wartehallen im Gemeindegebiet liegt uns unter Berücksichtigung eines Fördersatzes von 85 Prozent eine Einplanungsmitteilung des Landes vor. Sollte aus dieser ein verbindlicher Zuwendungsbescheid werden, können mit einem Eigenanteil von 39.000 Euro zahlreiche Bushaltestellen neu ausgestattet werden. Auch dieser Betrag ist im Haushaltsplanentwurf veranschlagt.
- Ganz wichtig ist die Weiterentwicklung der Straßen- und Kanalinfrastruktur in unserer Gemeinde. Deshalb sieht der Verwaltungsentwurf für das laufende Jahr die Realisierung von Maßnahmen im Grüntal, im Königstal, in der von-Leerodt-Straße und in der Blankenheuerstraße vor; im Finanzplan für die kommenden Jahre haben wir darüber hinaus den Hohlweg, den Grünen Weg und Teile der Poststraße dargestellt. Diese Maßnahmen sind teilweise beitragspflichtig oder gebührenrelevant.
- Stichwort Infrastruktur: Ein wenig in die Jahre gekommen sind unsere Brücken, insbesondere die über den Malefinkbach, und unser Wirtschaftswegenetz. Um die Notwendigkeit von Sanierungen, die wir für Brücken und Wege in den kommenden Jahren in Angriff zu nehmen haben, beziffern zu können, sieht der Haushalt entsprechende Planungskosten vor. Auch für Brücken und Wege gilt selbstverständlich unsere Verkehrssicherungspflicht.

Meine sehr geehrten Damen,
meine Herren,

angesichts dieser Maßnahmen, die wir trotz der eingangs beschriebenen kommunalen Finanzmisere in den Verwaltungsentwurf eingebracht haben, könnte man mir nun vorwerfen, entweder auf hohem Niveau zu jammern oder aber an der aufgezeigten Situation vorbei Projekte zu planen. Deshalb möchte ich die Finanzierung dieser Maßnahmen noch einmal verdeutlichen:

- Dass wir uns zumindest einige wenige Maßnahmen leisten können, liegt in erster Linie daran, dass – ich erwähnte es bereits – in den vergangenen Jahren sparsam gewirtschaftet wurde. Beispiel: Landesmittel aus der Schul- oder der Sportpauschale, die in der Vergangenheit nicht verwendet wurden, haben in Titz nicht zum Haushaltsausgleich beigetragen, sondern flossen regelmäßig in Sonderposten. Nun, da größere Projekte dringend anstehen, können wir auf diese Mittel zurückgreifen. Diese Maßnahmen belasten also den Haushalt 2010 deshalb nicht, weil wir in den vergangenen Jahren sparsam waren. Das kommt uns heute zugute.
- Aber: Über die verschiedenen Projekte im Bildungsbereich reduziert sich unser Sonderposten nahezu auf Null. Das heißt: Auch wenn wir derzeit einige Maßnahmen haushaltsneutral durchführen können, so wird der Rahmen für zukünftige Aufwendungen in diesem Bereich ab 2011 enger.

Insgesamt jedoch bleibt es dabei: Wir legen Ihnen heute einen Haushalt vor, der auf Kante genäht ist und in dem es uns darum ging, die richtigen Akzente zu setzen, für die Gemeinde Titz, für die hier lebenden Menschen, aber auch für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung. Die Schwerpunkte, ich nenne sie noch einmal, lauten:

- Bildung,
- Gemeindeentwicklung,
- Wirtschaftsförderung!

Ich sagte es bereits: Dass es uns besser geht als anderen, heißt nicht, dass es uns gut geht! Bei aller – auch berechtigter – Kritik am Handeln derer in Berlin, Düsseldorf und Düren müssen wir selbst konsolidieren. Ja, wir müssen eine Gemeindefinanzreform einfordern. Aber: Wir dürfen nicht tatenlos auf diese warten und unseren Haushalt über diese Warterei zugrunde gehen lassen. Das sind wir unseren Kindern und Enkeln schuldig.

Wo liegen also die Schwerpunkte künftiger Konsolidierungsanstrengungen?

- In unserem Haushalt gibt es nicht mehr viele freiwilligen Leistungen. Dort sehe ich ein nur noch geringes Sparpotenzial.

- Wir sollten jedoch unsere Pflichtaufgaben überprüfen. Diese müssen zwar erfüllt werden; die Art und Weise und die Intensität des Handelns in diesen Bereichen dürfen wir allerdings hinterfragen. Auch unsere Standards müssen überprüft werden, selbst auf die Gefahr, dass Standardreduzierungen sichtbar werden, z.B. bei der Pflege unserer Infrastruktur.
- Zu Standarddiskussionen gehören auch Standortdiskussion: Wenn wir die finanzielle Eigenständigkeit unserer Gemeinde auf Dauer sichern wollen (und dies müssen wir wollen!), dann gehört es auch dazu, einmal zu fragen, welche Angebote und Leistungen wir zukünftig in welchen Orten vorhalten wollen; Beispiel:
- Eine besondere Priorität genießt seit jeher unsere Feuerwehr. Auch jetzt haben wir wieder zahlreiche – und sehr teure – Maßnahmen veranschlagt. Das ist grundsätzlich auch gut und richtig so. Allerdings sollten wir im Rahmen der anstehenden Fortschreibung unseres Brandschutzbedarfsplan ergebnisoffen auch diskutieren, ob sich die Schutzzieldefinitionen des FSHG auch nach einer Zusammenlegung mehrerer Löschruppen erreichen lassen. Konkret: Die Neuaufstellung des Brandschutzbedarfsplans muss auch das wirtschaftlich Machbare für unsere Gemeinde im Fokus haben.
- Gleiches gilt auch für den Schulbereich. Der demografische Wandel, in dem wir uns spürbar befinden, stellt uns die Frage des für die Gemeinde Titz erforderlichen Schulangebots ohnehin.

Meine sehr geehrten Damen,
meine Herren,

wir müssen verhindern, dass die Gemeinde Titz in den Nothaushalt rutscht und darüber jegliche Handlungsfähigkeit verliert. Eigenständigkeit bewahren, auch in schwierigen Zeiten, dies war unser Ziel. Diesem Ziel haben wir uns in der Verwaltung gestellt und legen Ihnen einen Haushalt ohne Risikoplanungen vor, der auch keine Luftbuchungen enthält, nur damit uns irgendwie der Weg in die Haushaltssicherung erspart bleibt oder dieser Weg mal eben um ein Jahr verschoben wird.

Ich sage aber auch: Der Haushalt ist auf Kante genäht, viel Platz bis zur 5-Prozent-Marke im Jahr 2011 gibt es nicht. Deshalb meine klare Aufforderung:

- Wer mehr will, muss auch sagen, wo an anderer Stelle zu sparen ist.
- Und, lassen Sie mich dies noch hinzufügen: Wenn wir aus laufenden oder zukünftigen Planungsprozessen Chancen für nennenswerte Einnahmeverbesserungen erkennen, handeln wir generationengerecht, wenn wir diese auch ergreifen.

Meine Damen und Herren,

zum Abschluss meiner Ausführungen würde ich gerne noch einige Hinweise zur Verwaltungsorganisation geben: Sie wissen, dass ich die Verwaltungsstruktur in unserem Rathaus zu Beginn dieses Jahres deutlich verändert habe. Über die Abschaffung der Ämter und die gleichzeitige Bildung von Fachbereichen

- werden unklare und Doppelzuständigkeiten abgebaut,
- wird das Verwaltungshandeln beschleunigt,
- werden Aspekte der Zusammenarbeit mit anderen Städten und Gemeinden (und damit wirtschaftlicheres Handeln) ermöglicht
- und wird – als weiterer und ganz wichtiger Schritt – der Bürger- und Besucherservice im Rathaus verbessert.

Komplettiert wird diese Reorganisation jedoch erst,

- wenn wir auch fachbereichsübergreifende Steuerungs- und Controllingaufgaben ermöglichen,
- wenn wir unseren Grundstücks- und Gebäudebestand wirtschaftlich steuern, beispielsweise über die Definition verbindlicher Instandhaltungsbudgets, über die Früherkennung von Kostenrisiken,
- wenn wir die Bereiche Gemeindeentwicklung und Wirtschaftsförderung weiter stärken,
- wenn wir unsere Öffentlichkeitsarbeit verbessern; dies gerade auch vor dem Hintergrund der Haushaltssituation, weil wir unsere Einwohnerinnen und Einwohner mitnehmen müssen bei der Konsolidierung.

Wenn wir diese Aufgabenbereiche intensivieren möchten, wird auch die Steuerungs- und Erkenntnislage für zukünftige Haushaltspläne deutlich verbessert. Aus diesem Grund enthält der Stellenplanentwurf die Einrichtung der Stabsstelle, die ich Ihnen im Herbst vergangenen Jahres bereits empfohlen habe.

Zur Schlagkraft einer Verwaltung gehört eine adäquate Personalausstattung. Selbstverständlich könnten Sie vor dem Hintergrund der Haushaltssituation die Einrichtung einer zusätzlichen Stelle, die ich im Übrigen durch Personaleinsparungen in anderen Fachbereichen in wenigen Jahren zurückzugeben bereit bin, ablehnen. Nur: Mit der gleichen inneren Logik einer solchen Ablehnung müsste der Gemeinderat dann auch die Verringerung des Stellenplans um rund 32 Kräfte beschließen. So massiv nämlich müsste unser Personalkörper reduziert werden, würden wir versuchen, den strukturellen Fehlbetrag allein über ein geringeres Stellenvolumen aufzufangen.

Wer steuern will, braucht Informationen. Wenn wir auch zukünftig intelligent konsolidieren wollen, wenn wir auch zukünftig den bitteren Gang in die Haushaltssicherung vermeiden wollen, brauchen wir diese Informationen. Über die Zustimmung zum Stellenplanentwurf geben Sie der Verwaltung die Chance, Sie zukünftig mit solchen steuerungsrelevanten Informationen zu beliefern.

Meine sehr geehrten Damen,
meine Herren,

ich hatte den Fraktionsvorsitzenden gestern angekündigt, dass die anspruchsvolle Finanzsituation eine etwas längere Haushaltsrede zur Folge haben wird. Ich bitte dafür um Verständnis und danke für Ihre Geduld, denke aber, dass es wichtig war, an der einen oder anderen Stelle etwas intensiver einzusteigen. Selbstverständlich stehen Ihnen die Mitarbeiter unserer Finanzabteilung für Detailfragen zur Verfügung. Auch ich selbst mache Ihnen das Angebot, Ihnen, z.B. auf Fraktionsebene, die Grundstruktur unseres Haushalts zu erläutern. Machen Sie bitte davon Gebrauch, sofern Sie Aufklärungs- oder Beratungsbedarf haben.

Ganz wichtig ist es mir, unserer tapferen Finanzabteilung zu danken. Ich spreche hier persönlich unseren Kämmerer, Herrn Krauthausen, und den Leiter der Finanzabteilung, Herrn Dahlem, an. Sie haben binnen weniger Wochen mehrere Jahresabschlüsse (für die Gemeinde und das Wasserwerk) gefahren, den Wirtschaftsplan 2010 des Wasserwerks aufgestellt und nun noch einen Verwaltungsentwurf für den Gemeindehaushalt erarbeitet, dessen letzte Zahlen, z.B. zur Entwicklung der Kreisumlage, erst gestern Mittag vorlagen. Herr Krauthausen, Herr Dahlem und ich haben in den vergangenen Wochen permanent die Köpfe zusammengesteckt, um Ihnen diesen Entwurf heute vorlegen zu können. Lassen Sie mich deshalb zum Abschluss den beiden Herren herzlich danken!

Meine sehr geehrten Damen,
meine Herren,

ich wünsche uns gute und konstruktive Haushaltsplanberatungen und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!